

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
27.02.2013
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Ehrung von Otto Wiesner
Vorlage: 10/SVV/0618
Fraktion DIE LINKE, Gruppe Die Andere
- 3.2 Vertragsverlängerung Intendantur Hans Otto Theater GmbH
Vorlage: 12/SVV/0644
Fraktion FDP
- 3.3 Pro Potsdam entwickelt Alte Post
Vorlage: 12/SVV/0818
Fraktion DIE LINKE
- 3.4 Errichtung einer Leitfassade Alte Post
Vorlage: 12/SVV/0845
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP
- 3.5 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre
2013/2014
Vorlage: 13/SVV/0043
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 3.6 Zukunftsprogramm 2017 (ehemals Haushaltssicherungskonzept)
Vorlage: 13/SVV/0045
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
- 3.7 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2013
Vorlage: 13/SVV/0030
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
- 3.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer 1: Kein städtisches Geld für Errichtung und Unterhalt der
Garnisonkirche
Vorlage: 12/SVV/0759
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 3.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 2: Schwimmbad-Neubau: Kostengrenze 23 Mio. Euro einhalten
Vorlage: 12/SVV/0760
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 3: Reduzierung der Fraktionsfinanzierung
Vorlage: 12/SVV/0761
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17: Freibad für Potsdams Norden
Vorlage: 12/SVV/0775
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3.12 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3.13 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18: Archiv endlich dauerhaft sichern
Vorlage: 12/SVV/0776
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3.14 Änderung der Geschäftsordnung - Große Anfragen
Vorlage: 12/SVV/0154
Fraktion FDP
- 3.15 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen
Vorlage: 12/SVV/0209
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP
- 3.16 Änderung der Geschäftsordnung
Vorlage: 12/SVV/0303
Fraktionen SPD, CDU/ANW, FDP, Bündnis 90/Die Grünen
- 3.17 Änderung der Hauptsatzung - Einwohnerversammlungen
Vorlage: 12/SVV/0608
Fraktion FDP
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.02.2013**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Er schlägt vor, die öffentliche Tagesordnung unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ um folgende Punkte zu erweitern:

- Information über **einen Eintrag in das Goldene Buch der Stadt**
- die einheitliche Behördenrufnummer **D 115**
- die Schließung der **Wache Babelsberg**
- Bericht bezüglich der **Umsetzung des Beschlusses** der Stadtverordnetenversammlung 13/SVV/0053 - Voraussetzungen zur Auszahlung des **Elterngeldes** innerhalb von maximal 4 Wochen zu schaffen.

Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der 85. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 27. Februar 2013 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Ehrung von Otto Wiesner**

Vorlage: 10/SVV/0618

Fraktion DIE LINKE, Gruppe Die Andere

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Prof. Sabrow vom Zentrum für Zeitgenössische Forschung Potsdam (ZZF), das von der Landeshauptstadt mit der Erstellung eines Gutachtens über das Wirken von Otto Wiesner beauftragt worden sei. Er bittet ihn, nochmals Stellung dazu zu nehmen, um sich im Weiteren über ein Verfahren zum Umgang mit dem Antrag zu verständigen.

Bezug nehmend auf das Gutachten von Frau Dr. Kimmel regt Herr Prof. Sabrow an, sich über Straßenbe- und -umbenennungen grundsätzlich zu verständigen, da sich die Sichtweise auf Persönlichkeiten im Laufe der Zeit durchaus verändern. Der Lebenslauf von Otto Wiesner nötige für die NS-Zeit Respekt ab; in der Zeit Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre sei das jedoch anders.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Benennung von Straßen grundsätzlich kein Feld der Auseinandersetzungen und Kampfabstimmungen sei, sondern eine große Akzeptanz als Grundlage haben sollte. Otto Wiesner stehe im Goldenen Buch der Stadt und sei auch nach der Wende aktiv und vorbildlich insbesondere in der Jugendarbeit gewesen. Nach seiner Kenntnis werde der jetzt gewählte Weg erstmalig beschritten. Wenn unter diesem Gesichtspunkt der vorhandene Namenspool beleuchtet würde, wäre er nach seiner Kenntnis leer. Wenn dieser Maßstab angelegt werde, dann aber ebenso für alle nachfolgenden Benennungen. Er meine, es gebe keinen Lebenslauf ohne Brüche und damit stehe die Frage, wie diese bewertet werden sollen und wie man einer Person gerecht werde, ohne sie zu beschädigen. Er bittet im Folgenden um eine sachliche Form der Diskussion. Bezug nehmend auf das vorliegende Gutachten merkt Frau Dr. Schröter an, dass darin die Zeit von 1949 – 1954 kritisch betrachtet werde. Sie finde etliche Stellen, die nicht belegt seien und Punkte, die unreflektiert aufgeführt werden.

Herr Schultheiß führt aus, dass hier keine ungebrochene Lebensleistung vorliege und die Zeit bis 1945 bereits durch den Eintrag in das Goldene Buch der Stadt gewürdigt wurde, so dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen könne.

Herr Prof. Sabrow schließt daran an; einsträngige Lebensläufe habe kaum eine Person, so dass die Zeit, Straßen nach Personen zu benennen und sie damit zu würdigen, vielleicht überholt sei. Er wolle gern einen Weg zeigen, wie man aus dieser kontroversen Diskussion herauskomme, so z. B. in Form von Schülerprojekten.

Herr Schüler führt aus, dass er einen Fortschritt darin sehe, Straßenbenennungen kritischer zu hinterfragen und plädiert dafür, auch zukünftig mit gleicher Sorgfalt und Genauigkeit zu prüfen. Auch zukünftig sollte sehr vorsichtig mit Benennungen umgegangen werden, denn sicher sei der Blickwinkel jetzt ein anderer als vor 50 oder 100 Jahren.

Der Oberbürgermeister spricht sich dafür aus, die Argumentation mit den Fraktionen „rückzukoppeln“ und mit auf den Weg zu nehmen, dass zwischen Straßenneubenennungen und Straßenumbenennungen zu unterscheiden ist. Sinn mache das nur wenn es einen breiten Konsens gebe. Zukünftig sollte zwar nicht generell auf Benennungen nach Persönlichkeiten verzichtet werden, aber unter der Maßgabe größter Sorgfalt und Prüfung, ob die Bewertung auch den nächsten 20 Jahren standhalte.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, den Antrag unter den genannten Prämissen erneut in den Fraktionen zu beraten und abschließend in der Sitzung des Hauptausschusses am 27.03.2013 darüber zu beraten, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.2 **Vertragsverlängerung Intendantur Hans Otto Theater GmbH**

Vorlage: 12/SVV/0644

Fraktion FDP

Der Oberbürgermeister weist eingangs darauf hin, dass dieser Antrag dem Hauptausschuss zur Erledigung überwiesen wurde und fragt Herrn Teuteberg, ob sich dieser durch Verwaltungshandeln erledigt hat. Herr Teuteberg führt aus, dass dieser Antrag im Herbst 2012 vor dem Hintergrund hoher städtischer Zuschüsse an das Hans-Otto-Theater gestellt wurde und sich nun in der Tat überholt habe. **Er zieht den Antrag zurück.**

zu 3.3 Pro Potsdam entwickelt Alte Post

Vorlage: 12/SVV/0818

Fraktion DIE LINKE

Siehe Tagesordnungspunkt 3.4 – Herr Dr. Scharfenberg merkt auf Nachfrage an, dass eine Abstimmung des Antrags auf Grund der Zustimmung zum Änderungsantrag der Fraktionen BürgerBündnis und CDU/ANW nicht mehr nötig sei. Dies gelte auch für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, soweit auch dort dem Änderungsantrag zugestimmt werde.

zu 3.4 Errichtung einer Leitfassade Alte Post

Vorlage: 12/SVV/0845

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkt 3.3 und 3.4 zusammen zu behandeln erhebt sich kein Widerspruch. Er verweist im Weiteren darauf, dass es noch Beratungsbedarf in der Fraktion SPD gegeben habe. Herr Schubert schließt daran an und betont, dass sich seine Fraktion den Entwurf von Herrn Redlich habe erläutern lassen und im Ergebnis bei dem vorliegenden Antrag bleibe.

Anschließend bringt Herr Kirsch den Änderungsantrag der Fraktionen BürgerBündnis und CDU/ANW ein und spricht sich für den Entwurf des Architekturbüros Redlich (Stand: Februar 2013) in Anlehnung an Christian Unger aus.

Im Weiteren äußert sich Herr Müller-Zinsius aus der Sicht der Pro Potsdam zu den Vorschlägen und erläutert diese u. a. unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit.

Herr Schubert führt aus, dass die Stadt gute Erfahrungen damit gemacht habe, auch mal abzuwarten und attraktive Lösungen für Probleme zu finden, wie z. B. beim Landtag. Die Fraktion SPD stelle die Fragen anders als die Befürworter der vorliegenden Anträge, nämlich ob es Aufgabe der Pro Potsdam sei, ein Geschäftshaus zu entwickeln – und die Fraktion meine „nein“.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Pro Potsdam in der Verantwortung sei und diese auch wahrnehmen solle. Für ihn stelle sich die Frage, was unter attraktiv zu verstehen sei. Attraktiv heißt nicht gleich barock, sondern könne auch eine Anlehnung daran sein. Der Vergleich mit dem Landtag hinke insofern, als das die Lösung auf einer 20-Mio.-Euro-Spende beruhe. Außerdem halte er es für falsch, „auf Zeit zu bauen“.

Herr Klipp merkt aus fachlicher Sicht an, dass die Fraktion SPD den Begriff „Leitfassade“ falsch interpretiert habe und das sei im Rahmen dieser Antragstellung irreführend. Im Weiteren erläutert er, warum der Entwurf von Herrn Dr. Panzer baurechtlich nicht genehmigungsfähig wäre und betont, dass der Vorschlag, das Projekt liegen zu lassen, schwerwiegende Folgen für die Gestaltung der Potsdamer Mitte haben würde.

Herr Rietz unterstreicht in seinen Ausführungen, dass ihn die Wirtschaftlichkeit umtreibe. Einerseits sei auch er der Meinung, dass es nicht die Aufgabe der Pro Potsdam sei, ein Geschäftshaus zu bauen. Andererseits dürfe die Pro Potsdam keine Verluste einfahren, so dass jetzt mit dem Änderungsantrag ein tragfähiger Kompromiss vorliege.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister, den von Herrn Dr. Scharfenberg beantragten Verfahrensvorschlag, erst über den Änderungsantrag zu entscheiden, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 6

Somit wird der Änderungsantrag der Fraktionen BürgerBündnis und CDU/ANW zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird als Gesellschaftervertreter beauftragt sicherzustellen, dass das Gebäude auf dem Grundstück der Alten Post als Leitfassade nach Georg Christian Unger errichtet wird. Über das weitere Verfahren ist dem Hauptausschuss im Dezember zu berichten.~~

Im Betreff des Antrages soll das Wort „Leitfassade“ gestrichen werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt sicherzustellen, dass das Gebäude auf dem Grundstück der Alten Post nach dem Entwurf von dem Architekturbüro Redlich (Stand: Februar 2013) in Anlehnung an Christian Unger, errichtet werden soll.

Über das Verfahren ist der Hauptausschuss im Mai zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 1

zu 3.5 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014

Vorlage: 13/SVV/0043

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
alle Fachausschüsse, alle OBR

Der Oberbürgermeister macht eingangs darauf aufmerksam, dass es hier nur um den Teilhaushalt des Geschäftsbereiches 9 (Oberbürgermeister) gehe. Ansonsten habe wie bisher auch der Ausschuss für Finanzen die Federführung bei der Beratung der Haushaltssatzung.

Anschließend erläutert Herr Jetschmanegg an Hand visueller Darstellung die Ansätze der einzelnen Bereiche für 2013 und 2014 und begründet insbesondere Abweichungen in der Planung.

Er beantwortet die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder z B. zu den Stellen, die für die Tourismusabgabe erforderlich sind, zu Sonderausschüttungen der Sparkasse und zu den geplanten Strukturveränderungen im Geschäftsbereich sowie deren Haushaltsrelevanz.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.6 Zukunftsprogramm 2017 (ehemals Haushaltssicherungskonzept)

Vorlage: 13/SVV/0045

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.7 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2013

Vorlage: 13/SVV/0030

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice

alle Fachausschüsse, alle OBR

Nach Erläuterungen von Herrn Richter wird der Wirtschaftsplan KIS zur Kenntnis genommen.

zu 3.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 1: Kein städtisches Geld für Errichtung und Unterhalt der Garnisonkirche

Vorlage: 12/SVV/0759

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen hat dem Vorschlag zugestimmt; alle anderen Ausschüsse haben diesen zur Kenntnis genommen.

Nach einem kurzen Meinungs austausch wird festgestellt, dass dieser Antrag mit dem Wortlaut: die Stadt Potsdam beteiligt sich nicht finanziell am Aufbau und / oder der Unterhaltung der Garnisonkirche, der Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung entspricht und sich in Umsetzung befindet - aber nicht durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Diese Feststellung wird zur Abstimmung gestellt und mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Gegenstimme **angenommen**.

zu 3.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 2: Schwimmbad-Neubau: Kostengrenze 23 Mio. Euro einhalten

Vorlage: 12/SVV/0760

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Oberbürgermeister stellt hierzu fest, dass dieses Anliegen ebenfalls einer Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung ähnlich sei. Er verweist auf den Beschluss zum Finanzierungs- und Betreiberkonzept vom September 2012, bei dem zum Bad dazugehörenden Parkplätze und aus dem Standort Brauhausberg resultierende Besonderheiten nicht im Kostenrahmen von 23 Mio. € enthalten waren. Gegen seinen Vorschlag, diesen Zusatz als Ergänzung aufzunehmen, erhebt sich kein Widerspruch, so dass die ergänzte Vorlage zur Abstimmung gestellt wird.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Das geplante Bad am Brauhausberg darf nicht mehr als 23 Millionen Euro kosten, da diese Summe zur Bürgerbefragung stand. **Davon ausgenommen sind die Parkplätze und besondere, aus dem Standort Brauhausberg resultierende Kosten, so wie im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 12/SVV/0515 vom 04.09.2012 im Detail ausgeführt.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

- zu 3.10 **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 3: Reduzierung der Fraktionsfinanzierung**
Vorlage: 12/SVV/0761
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Da es hierzu keinen Redebedarf gibt, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Zur Realisierung von Bürgervorschlägen wird eine Reduzierung der Finanzierung der Fraktionen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung um 25 % vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei einer Stimmenthaltung.

- zu 3.11 **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17: Freibad für Potsdams Norden**
Vorlage: 12/SVV/0775
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Oberbürgermeister schlägt vor, diesen Antrag abzulehnen, da er nicht umsetzbar ist.

Der Antrag mit folgendem Wortlaut wird zur Abstimmung gestellt:

Im Norden der Stadt ist ein Freibad zu bauen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	13
Stimmenthaltung:	3

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung diesen Antrag **abzulehnen**.

- zu 3.12 **Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten**
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die DS **11/SVV/0825** und **12/SVV/0776 zurückzustellen**, weil keine abschließende Berichterstattung möglich ist und in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses wieder aufzurufen, erhebt sich kein Widerspruch.

- zu 3.13 **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18: Archiv endlich dauerhaft sichern**
Vorlage: 12/SVV/0776
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die DS **11/SVV/0825** und **12/SVV/0776 zurückzustellen**, weil keine abschließende Berichterstattung möglich ist und in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses wieder aufzurufen, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.14 Änderung der Geschäftsordnung - Große Anfragen

Vorlage: 12/SVV/0154

Fraktion FDP

siehe Tagesordnungspunkt 3.16

zu 3.15 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen

Vorlage: 12/SVV/0209

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, diesen Antrag an den **Ausschuss für Finanzen zu überweisen** und erst mit einem Votum des Ausschusses erneut zu beraten, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.16 Änderung der Geschäftsordnung

Vorlage: 12/SVV/0303

Fraktionen SPD, CDU/ANW, FDP, Bündnis 90/Die Grünen

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 3.14 – 3.16 zusammen zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch. Anschließend verweist er auf die ausgereichten Empfehlungen der Arbeitsgruppe Geschäftsordnung und bittet um die Stellungnahmen der Fraktionen.

Herr Dr. Wegewitz empfiehlt, die Vorschläge im Block abzustimmen sowie zwei redaktionelle Änderungen vorzunehmen:

- im § 8 – 3. ... Sitzungsunterlagen nutzen zu wollen, erhalten die Einladung und Tagesordnung per **E-Mail**.
- im § 14 – 2. ... Die Kenntnisnahme von Mitteilungsvorlagen **ersetzt** keine Beschlüsse.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich dafür aus, den Änderungen im § 19 bezüglich der Redezeitbegrenzung nicht zuzustimmen, weil dies einer Parlamentarisierung entspreche und sich mit einem solchen Anliegen die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung befassen sollte. Außerdem sollte über eine gestaffelte Redezeit nachgedacht werden und darüber hinaus gebe es auch Themen, die eine Begrenzung nicht rechtfertigen. Ebenso sollte der Vorschlag, mündlich beantwortete Anfragen nicht mehr schriftlich auszureichen, nicht in die Geschäftsordnung aufgenommen werden.

Dem Vorschlag, der Redezeitbegrenzung nicht zuzustimmen, schließen sich Herr Kirsch und Frau B. Müller an. Frau Müller betont, dass die Regelung in sich widersprüchlich sei und auch für die Verwaltung gelte, die sich dann darauf einigen müsse, wer zu einem Thema spricht. Außerdem schlägt sie eine Änderung im § 16 – 3. Vor: ... *Bei Verstößen soll ist dem Redner das Wort entzogen werden zu entziehen.*

Herr Schüler erläutert das Anliegen des Vorschlags der Arbeitsgruppe und spricht sich gegen den Vorschlag von Frau B. Müller aus.

Herr Heuer betont, dass die, die in der Arbeitsgruppe dabei waren, sich ganz bewusst für eine entsprechende Ausnahmeregelung zur Redezeitbegrenzung ausgesprochen haben, die im Vorschlag der Arbeitsgruppe auch enthalten sei.

Entsprechend dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zum weiteren Verfahren wird wie folgt abgestimmt:

1. Den Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg, den § 19 Redeordnung **nicht** zu ändern, **lehnen 9 Mitglieder** des Hauptausschusses **ab** und 6 stimmen dem zu.
2. Der Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg, mündlich beantwortete Anfragen zukünftig auch wieder schriftlich zu erhalten, wird mehrheitlich **abgelehnt**, bei 5 Ja-Stimmen.
3. Der Vorschlag von Frau B. Müller, den § 16 – 3. Wie folgt zu ändern: ... *Bei Verstößen soll ist dem Redner das Wort entzogen werden zu entziehen.*- wird mehrheitlich **abgelehnt**, bei 4 Ja-Stimmen.
4. Der Vorschlag von Herrn Kirsch, im § 13 – 3. ... Bei erheblichen Terminüberschreitungen mahnt der/die Vorsitzende den Oberbürgermeister und trägt dies in der nächstmöglichen Sitzung der StVV vor – wird mit 8 Nein-Stimmen, bei 7 Ja-Stimmen **abgelehnt**.
5. Die von der Arbeitsgruppe Geschäftsordnung vorgeschlagenen Änderungen werden mit 10 Ja-Stimmen **angenommen**, bei 5 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung.

Anschließend bestätigt Herr Teuteberg für die Fraktion FDP, dass die mit der DS **12/SVV/0154** vorgeschlagenen Änderungen zur Großen Anfrage zwar keinen Eingang in die Änderungen der Geschäftsordnung gefunden haben, aber die Fraktion sich dem Votum der AG anschließe und den Antrag **zurückziehe**.

zu 3.17 **Änderung der Hauptsatzung - Einwohnerversammlungen**

Vorlage: 12/SVV/0608

Fraktion FDP

Hierzu schlägt der Oberbürgermeister vor, die Änderungen der Hauptsatzung abzuwarten und gemeinsam zu beraten. Ein entsprechender Vorschlag zur Änderung der Hauptsatzung werde im Mai 2013 vorliegen.

zurückgestellt

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

Gemäß den Erweiterungen in der Tagesordnung informiert der Oberbürgermeister darüber, dass sich der Bundespräsident Herr Gauck anlässlich seines Besuches in Potsdam in das **Goldene Buch der Stadt** eingetragen habe.

Frau Dr. Müller merkt dazu an, dass sich der Hauptausschuss zwar auf ein Verfahren – auch mit einer Ausnahmeregelung - geeinigt habe, trotzdem sollte es im Zeitalter moderner Technik möglich sein, die Fraktionen im Vorfeld der Eintragung zu informieren, so dass diese es nicht aus der Zeitung erfahren müssen.

Herr Dr. Pokorny informiert im Weiteren über die neue telefonische **Behördenrufnummer 115**, über die jetzt auch die Landeshauptstadt Potsdam erreichbar ist. Ziel des neuen Services sei es, die telefonische Erreichbarkeit der Verwaltung zu verbessern und auf allen Kommunikationsebenen eine höchstmögliche Qualität zu sichern. Dazu wurden die Rufnummern des Bürgerservicecenters, des Kfz-Services und die zentrale Einwahlnummer der Verwaltung im Servicecenter 115 gebündelt.

Das Servicecenter 115 stehe von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr zur Verfügung und sei aus dem deutschen Festnetz zum Ortstarif über die Rufnummer 115 sowie über die zentralen Einwahlnummern 289-0, 289-111, 289-1110 erreichbar.

Ziel sei es, 75 Prozent der 115-Anrufe innerhalb von 30 Sekunden durch eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter anzunehmen und 65 Prozent der 115-Anrufe beim ersten Kontakt zu beantworten. Wenn eine Anfrage weitergeleitet wird, erhält der Anrufer innerhalb von 24 Stunden während der Servicezeiten eine Rückmeldung, je nach Wunsch per E-Mail, Fax oder Rückruf.

Frau Müller-Preinesberger informiert über die Bemühungen der Polizeidirektion West, geeignete **Räumlichkeiten zur Durchführung einer gemeinsamen Sprechstunde „Revierpolizei und Fachbereich Ordnung und Sicherheit“** zu finden. Diese Sprechstunden sollen von Montag bis Freitag durchgeführt und dem Bedarf entsprechend angepasst werden. Die Polizeiinspektion hat bereits mehrere Objekte besichtigt, um hier zeitnah einen Mietvertrag abzuschließen und dem Wunsch der Stadtverordneten, eine gemeinsame Ansprechstelle zu schaffen, zu entsprechen. Ziel sei das III. Quartal 2013.

Im Weiteren berichtet Frau Müller-Preinesberger über die **Umsetzung des Beschlusses** der Stadtverordnetenversammlung 13/SVV/0053 - Voraussetzungen zu schaffen, um das **Elterngeld** innerhalb von maximal 4 Wochen auszuzahlen. Ab dem 01.05.2013 werde es eine Erweiterung auf dann 5 Vollzeitstellen für die Bearbeitung geben, obwohl bis dahin kein beschlossener und genehmigter Haushalt vorliegen werde. Damit solle der Antragsstau, der durch die Entscheidung der Bundesregierung entstanden ist und eine Überprüfung der Anträge nach sich ziehe, abgebaut werden.

Darüber hinaus findet über eine externe Begleitung eine Analyse statt, um ggf. die Arbeitsprozesse zu optimieren. Vorschläge hierzu liegen derzeit noch nicht vor.

zu 5 Sonstiges

Auf Bitte von Frau Dr. Müller informiert der Oberbürgermeister über das weitere Verfahren bezüglich der Besetzung der Stelle des Behindertenbeauftragten. Eine Vorauswahl aus den Bewerbungen sei getroffen worden; bezüglich der Beteiligung der Fraktionen am Besetzungsverfahren werde es in den nächsten Tagen ein Schreiben mit Detailinformationen geben.